

Beginn: 10:00 Uhr

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist 10 Uhr und damit Plenarbeginn. Ich heiÙe Sie herzlich zu unserer heutigen, 8. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein GruÙ gilt wie immer auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **11 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir kommen zu:

1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Nachtragshaushaltsgesetz 2022 – NHHG 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/900

erste Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes sowie des Landesreisekostengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/928

erste Lesung

Ich darf darauf hinweisen, dass aufgrund einer Verständigung im Ältestenrat während der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt Kurzinterventionen und Zwischenfragen nicht zulässig sind.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Herr Minister Dr. Marcus Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die vielen akuten Krisen der jüngeren und der aktuellen Zeit kennen Sie alle: Corona, Ukraine-Krieg, Energie- und Lieferkettenprobleme, Inflation, drohende Rezession. Daneben pausieren auch die dauerhaften Krisen wie der Klimawandel nicht. Kurzum: Dieser erste Haushaltsentwurf der neuen Landesregierung, auch wenn es nur ein Nachtrag ist, fällt in eine Zeit der enormen Krisenverdichtungen. Wann, wenn nicht heute, sollte daher Klarheit darüber bestehen, wohin wir gemeinsam in Nordrhein-Westfalen wollen?

Im Zahlenwerk eines Haushaltsplans zeigt sich die Handschrift von Politik. Als neue Landesregierung schreiben wir sie fort. Wir ergänzen und verändern sie aber auch dort, wo dies notwendig ist.

Unser Ziel ist ein Staat, der für die Menschen da ist – ein Staat, dem die Menschen vertrauen; ein Staat, der dort leistungsfähig ist, wo er nicht nur, aber gerade auch in Krisenzeiten gebraucht wird. Nach der föderalen Verfassung bedeutet das für das Land Nordrhein-Westfalen konkret: bei Bildung, bei Sicherheit, beim Schutz von Schöpfung und Klima. Genau dort justieren wir mit dem vorliegenden Nachtragshaushaltsgesetz 2022 nach.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Stichwort „Bildung“: Ein gut funktionierender Staat braucht die besten Lehrerinnen und Lehrer. Mit dem Nachtrag zum Haushalt halten wir unser Versprechen. Wir erhöhen die Eingangsbesoldung schrittweise für alle Lehrämter auf die Stufe A13.

Noch in diesem Jahr setzen wir die erste Stufe der Besoldungsanpassung um. Alle Lehrkräfte der Primarstufe und der Sekundarstufe I erhalten rückwirkend zum 1. November 2022 eine ruhegehaltsfähige Zulage in Höhe von 115 Euro, die spätestens Anfang 2023 ausgezahlt wird.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Diese Zulage erhöht sich jährlich jeweils zum 1. August um 115 Euro, also erstmals zum 1. August 2023.

Zum 1. August 2026 werden schließlich alle Lehrkräfte der Primarstufe und der Sekundarstufe I kraft Gesetzes in die Besoldungsgruppe A13 überführt.

Die Mehrausgaben für die Besoldung der Lehrkräfte belaufen sich allein im Zeitraum 2022 bis 2026 auf knapp 900 Millionen Euro.

Die finanziellen Bedingungen für Lehrerinnen und Lehrer der Primarstufe und der Sekundarstufe I verbessern sich damit deutlich.

Auf die damit verbundene Anpassung für die entsprechenden Tarifkräfte ist bereits öffentlich hingewiesen worden.

Nordrhein-Westfalens Schulen werden attraktiver für leistungsbereite Nachwuchslehrkräfte.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Mit der vorgesehenen Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen stellen wir mit dem Nachtragshaushalt 2022 außerdem die Weichen dafür, dass die wichtigen Programme im Schulbereich – hier nenne ich beispielhaft das Aktionsprogramm „Ankommen und Aufholen“ – sowie im Bereich der KITAS – Stichwort „Alltagshelferprogramm“ – im Jahr 2023 lückenlos fortgesetzt werden können.

Stichwort „Sicherheit“: Keine Aufgabe eines funktionsstüchtigen Staates ist hoheitlicher als die der Sicherheit, in einem umfassenden Sinne gedacht. Mit dem Nachtrag zum Haushalt stellen wir Mittel für deutlich mehr Personal im Hochwasser- und Katastrophenschutz sowie zur Durchführung der Transformationsprozesse im Bereich „Klimaanpassung und Energiewende“ bereit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Hierfür richten wir rund 250 neue Stellen ein.

Im Polizeibereich werden die Einstellungsermächtigungen nochmals um 400 auf dann 3.000 jährlich erhöht.

Stichwort „Schutz der Schöpfung und des Klimas“: 200 Millionen Euro stellen wir für die Finanzierung von Klimaschutzinvestitionen für die nordrhein-westfälische Industrie bereit. Wir schaffen so die Grundlage für die schnellere Transformation unseres Landes und für nachhaltiges Wachstum. Unser Ziel, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion zu machen, haben wir dabei fest im Blick. Das ist übrigens auch ein ganz konkreter Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen zur Entlastung des Mittelstandes.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Denn diese Mittel kann unter anderem auch eine kleine mittelständische Bäckerei nutzen, um notwendige Investitionen vorzunehmen.

Das sind Bereiche, die zu entlasten die Bundesregierung in Berlin leider bisher völlig vergessen hat.

Das sind natürlich nur erste Zeichen eines neuen, eine eigene Handschrift für Nordrhein-Westfalen tragenden Kurses dieser neuen Landesregierung. Aber sie sind Kennzeichen einer vorausschauenden, einer vorsorgenden und einer nachhaltigen Politik.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Nachhaltigkeit besteht nach allgemeiner Auffassung aus drei Säulen: der sozialen, der ökologischen und der wirtschaftlichen. Als Minister der Finanzen gehört es zu meinen Aufgaben, diese dritte Säule ganz besonders mit im Blick zu halten: die wirtschaftliche, vor allem die finanzielle. Daher verzichten wir mit dem Nachtragshaushalt zum Beispiel auf die Kompensation aus dem NRW-Rettungsschirm, die ursprünglich vorgesehen war, und wir stärken darüber die Risikovorsorge, indem wir auf die Einnahmen aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 200 Millionen Euro in diesem Haushalt verzichten.

(Beifall von der CDU)

Dass ein solcher Nachtrag auch technisch überhaupt notwendig wurde, ergab sich aus dem Haushaltsvollzug und den sich abzeichnenden Mehrausgaben, die bei der Haushaltsaufstellung nicht absehbar waren. Zudem werden die Ergebnisse der Steuerschätzung

vom Mai dieses Jahres und die weitere Entwicklung der Steuereinnahmen im Vollzug abgebildet.

Politisch wichtig ist mir dabei besonders, dass wir trotz eines Haushaltsvolumens, das um 897 Millionen Euro steigt, weiterhin ohne neue Schulden auskommen.

(Beifall von der CDU)

Die Mehrausgaben und Mindereinnahmen werden vollständig durch Minderausgaben und Mehreinnahmen gedeckt.

Finanzpolitische Nachhaltigkeit in diesem Sinne geht natürlich nur dann, wenn auch im föderalen Aufbau faire Regeln gelten. Das gilt zum Beispiel im Hinblick auf die Entlastungspakete der Bundesregierung. Es steht völlig außer Frage, dass die Regierungen von Bund und Ländern Menschen und Unternehmen dabei helfen müssen, die immensen Kosten infolge der Gasknappheit und der Energiekrise aufzufangen. Hierzu setzen mehrere Entlastungspakete an verschiedenen Stellen an. Diese Pakete haben allerdings durch ihren zwischen Bund und Ländern zu koordinierenden Finanzierungsmix starke Auswirkungen auf alle Landeshaushalte, und deren Spielräume sind ohnehin schon arg begrenzt.

In Nordrhein-Westfalen schlägt allein die von den Ländern hälftig mitfinanzierte Reduzierung der Umsatzsteuer auf Gaslieferungen in diesem und im nächsten Jahr mit über 1 Milliarde Euro zu Buche. Insgesamt reden wir bei dem kürzlich vom Bund vorgestellten dritten Entlastungspaket von Mehrbelastungen für den Landeshaushalt 2023 von weit über 3 Milliarden Euro pro Jahr.

Ich bin froh, dass diesbezüglich wichtige Gespräche geführt werden. Sie sind wahrlich notwendig; denn die Mär von den im Vergleich zum Bund angeblich reichen Ländern gehört ins Reich der Legende.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir haben das einmal ausgerechnet. Während der Bund die coronabedingten Lasten aus Cash, aus dem laufenden Haushalt, bezahlt hat, waren die Länder gezwungen, Kreditermächtigungen zu erteilen, etwas missverständlich auch zum Teil „Sondervermögen“ genannt. In der Summe addieren sich diese Lasten in den Bundesländern auf über 106 Milliarden Euro. Allein bei uns in Nordrhein-Westfalen – Sie wissen das – haben wir seinerzeit als Landtag eine Ermächtigung von 25 Milliarden Euro erteilt. 106 Milliarden Euro Lasten, die die Länder aus Kreditermächtigungen übernehmen: Das ist schon eine sehr massive Beteiligung an den Finanzierungslasten, die wir aufgrund der Coronapandemie als Gesamtstaat zu schultern haben.

Ein Staat, der gut funktioniert und der Vertrauen erhält: Das ist unser Ziel. Aber wir reden nicht über irgendeinen Staat, sondern über das Land Nordrhein-

Westfalen. Zur DNA dieses weltoffenen Landes zwischen Rhein, Ruhr und Weser gehört es seit 1946 auch immer wieder, Menschen in Notlagen Hilfe und Zuflucht zu gewähren. Das tut Nordrhein-Westfalen – und bei Weitem nicht an vorderster Stelle der Staat, sondern gerade in diesen Monaten die vielen ehrenamtlich engagierten Menschen in unserem Lande, denen ich dafür im Namen der Landesregierung sehr herzlich danke.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Der schreckliche Krieg in der Ukraine ist leider nur das aktuellste Beispiel. Selbstverständlich muss der Staat, wird das Land alles unternehmen, um die Mitmenschlichkeit auch hier zu fördern, um bestmögliche Rahmenbedingungen zu setzen. Auch mit diesem Nachtragshaushalt fließen daher erhebliche Mittel in die Bewältigung der humanitären Katastrophe mitten in Europa. Zur Finanzierung von Mehrbedarfen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber bzw. für Bürgerkriegsflüchtlinge aufgrund des Ukraine-Krieges werden mit dem Nachtragshaushalt 2022 mehr als 570 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Geld für 1.000 zusätzliche Lehrer soll zudem sicherstellen, dass die geflüchteten Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine hier einen guten Start haben. Das alles sind Maßnahmen, die Nordrhein-Westfalen stärker und zugleich menschlicher machen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich hoffe deshalb, dass Sie diesem Gesetzentwurf die Zustimmung im Beratungsverfahren, das jetzt vor Ihnen liegt, geben und dass wir miteinander Nordrhein-Westfalen zu einem starken und zu einem menschlichen Land weiterentwickeln.

Meine Hoffnung auf Zustimmung des Parlamentes richtet sich auch auf den gleichfalls hier beratenen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes sowie des Landesreisekostengesetzes. Damit korrigieren wir, sage ich ehrlicherweise, nur punktuell bestimmte Beträge im Landesbesoldungsgesetz. Aber einen Aspekt möchte ich besonders ansprechen.

Es gibt ganz viele Menschen in Nordrhein-Westfalen, die mit ihrem eigenen Fahrzeug für das Land Nordrhein-Westfalen in dienstlichen Angelegenheiten unterwegs sind. Für sie erhöhen wir, zunächst befristet auf zwei Jahre, die Wegstreckenentschädigung aufgrund der gestiegenen Energiekosten um 5 Cent auf 35 Cent pro Kilometer. Das ist sicherlich auch ein Beitrag dazu, die Folgen der Energiekrise leichter zu bewältigen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Das war ausdrücklich auch ein breit getragener Wunsch aus der kommunalen Familie, in der diese Fragestellung ebenfalls sehr drängend ist. Deshalb ist es gut, dass wir diesen Gesetzentwurf heute mitberaten können.

Ich freue mich auf die anstehenden parlamentarischen Beratungen und bitte Sie um Zustimmung zu den vorliegenden Gesetzentwürfen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Minister Optendrenk. – Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Lehne das Wort.

Olaf Lehne (CDU): Herr Vizepräsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

(Christian Dahm [SPD]: Herr Präsident!)

„Politik ist die Geschichte in Aktion.“ Dieses Zitat des amerikanischen Autors Roger Butterfield beschreibt die herausfordernde und von historischen Zäsuren geprägte Zeit, in der wir momentan leben, sehr treffend.

Putins Angriffskrieg auf die Ukraine verursacht unendliches Leid und lässt Tausende von Menschen ihre Heimat verlassen und bei uns Schutz suchen.

Stark steigende Energiepreise stellen uns alle vor große wirtschaftliche Herausforderungen. Uns Abgeordnete erreichen täglich Briefe und Mails von Familien, die nicht wissen, wie sie ihre Gasrechnungen bezahlen sollen. Zahlreiche Mittelständler, zum Beispiel die Bäckerbetriebe, fürchten um ihre Existenz.

Die Coronapandemie hat uns die Schwächen unseres Gesundheitssystems vor Augen geführt.

Der Klimawandel ist plötzlich nicht mehr nicht greifbarer objektiver Sachverhalt, sondern wird direkt vor unserer Haustür subjektiv erlebbar. Hitzeperioden, Dürre, Starkregen, Überschwemmungen und Tornados nehmen stetig zu.

In diesen Zeiten muss Politik Verantwortung übernehmen und Lösungen finden. Eine Auf-gut-Glück-Politik, wie sie derzeit im Bund betrieben wird, ist absolut inakzeptabel. Mit Mühe und Not einen Kompromiss zusammenschustern und einen Teil der Rechnung dann an die Länder weiterzureichen, ohne es vorher mit diesen besprochen zu haben, ist unredlich. Das ist bestimmt nicht die Führung durch den Bundeskanzler, die sich die Wähler vorgestellt haben.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass jetzt endlich ein zwischen Bund und Ländern abgestimmtes Entlastungspaket auf den Weg gebracht wird, das wirklich sitzt und denen hilft, die Hilfe auch tatsächlich brauchen. Dazu wird Nordrhein-Westfalen selbstverständlich seinen Beitrag leisten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Christian Dahm [SPD]: Darauf warten die!)

Die schwarz-grüne Zukunftscoalition übernimmt Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Der vorgelegte Nachtragshaushalt 2022 stellt dies eindrucksvoll unter Beweis. Denn die Zahlen des Nachtragshaushalts sprechen Klartext. Wir halten Wort und setzen wichtige Zusagen aus dem Koalitionsvertrag bereits heute um.

Wir investieren massiv in die innere Sicherheit. Die Einstellungszahlen für den Polizeinachwuchs haben wir bereits in den vergangenen Jahren schrittweise erhöht. Mit unserem Nachtragshaushalt werden die Einstellungen bei der nordrhein-westfälischen Polizei um noch einmal 400 junge Anwärterinnen und Anwärter auf nunmehr 3.000 neue Polizeikräfte erhöht.

Wir investieren in eine starke Polizei, der die Menschen vertrauen können. Doch das Verbrechen findet nicht nur auf den Straßen vor unseren Haustüren statt. Es verlagert sich zunehmend in die digitale Welt. Deshalb rüsten wir unsere Polizei für die Verbrecherjagd auch im Internet. Wir stellen IT-Spezialistinnen und -Spezialisten, die im Netz auf Streife gehen, ein. Ob Hasskriminalität, Internetbetrug oder Straftaten im Darknet: Die Cybercops greifen künftig ein.

Wir übernehmen auch Verantwortung für eine gute Bildung in unserem Land. Bereits mit dem Nachtragshaushalt bringen wir wie besprochen die schrittweise Anhebung der Eingangsbesoldung auf die Stufe A13 für alle Lehrämter auf den Weg. Damit lösen wir innerhalb der ersten 100 Tage eine Zusage aus dem CDU-Wahlprogramm und den Koalitionsgesprächen ein. Dies ist ein klares Signal der Wertschätzung und Anerkennung für unsere Lehrerinnen und Lehrer, die besonders während der Coronapandemie teilweise Übermenschliches geleistet haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auch das OGS-Helferprogramm „Ankommen und Aufholen“ setzen wir fort. 100 Millionen Euro stehen dafür bereit. Mit weiteren 147 Millionen Euro sorgen wir dafür, dass das Alltagshelferprogramm in unseren Kitas lückenlos im Jahr 2023 fortgeführt werden kann.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Zahlreiche ukrainische Familien suchen bei uns Schutz vor dem Krieg in ihrer Heimat. Wir setzen uns dafür ein, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche schnell und unbürokratisch bei uns zur Schule gehen können. Dafür werden wir das Geld für die Einrichtung von 1.000 Lehrerstellen zur Verfügung stellen und planen 8,3 Millionen Euro extra im Haushalt hierfür ein.

Von den Ausgaben der Uniklinken für die Initiative „NRW hilft der Ukraine“ refinanziert das Land 5,2 Millionen Euro.

Um die Landesmaßnahmen für Flüchtlinge und Asylbewerber aufgrund des Kriegs in der Ukraine auszuweiten, werden mit dem Nachtragshaushalt 2022 mehr als 570 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt.

Wir investieren massiv in den Klimaschutz. Unser Anspruch ist es, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen.

Mit dem Nachtragshaushalt 2022 stellen wir dafür bereits die richtigen Weichen. Wir werden sichere Arbeitsplätze und den Einsatz für den Klimaschutz verbinden. Mit dem Nachtragshaushalt stellen wir in diesem Jahr 80 Millionen Euro und in den Folgejahren weitere 120 Millionen Euro bereit, um Klimaschutzinvestitionen bei den wichtigen Arbeitgebern und Produzenten Nordrhein-Westfalens zu ermöglichen.

Das Jahrhunderthochwasser im vergangenen Jahr hat uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass wir besser auf Katastrophenfälle vorbereitet sein müssen. Die Zukunftscoalition von CDU und Grünen hat vereinbart, den Hochwasser- und Katastrophenschutz im Land weiter zu verbessern.

Mit dem Nachtragshaushalt 2022 stellen wir deshalb Gelder für mehr Personal bei den Bezirksregierungen sowie im Innen- und Umweltministerium bereit, um hier den Katastrophenschutz und das Krisenmanagement weiter zu stärken. Von dort bekommen unsere Städte und Gemeinden im Ernstfall wichtige Unterstützung, um Menschenleben zu schützen.

Trotz der enormen finanziellen Belastungen durch die aktuellen Krisen halten wir an einer nachhaltigen und generationsgerechten Haushaltspolitik fest. Dies ist meines Erachtens mit die wichtigste Information, die Sie heute auch mitnehmen konnten, weil der Minister es schon angesprochen hat: Auch 2022 kommt das Land ohne Schulden aus.

(Beifall von der CDU und Verena Schäffer [GRÜNE])

Das Land greift auch nicht, wie ursprünglich geplant, auf Gelder des Coronarettungsschirms zurück. Für die kommenden Herausforderungen sorgen wir finanziell vor und nutzen gleichzeitig die verbliebenen Spielräume für Investitionen in wichtige Zukunftsaufgaben.

Der Nachtragshaushalt 2022 macht deutlich, wie wir als Zukunftscoalition aus CDU und Grünen Nordrhein-Westfalen voranbringen und die Menschen in unserem Land bestmöglich unterstützen werden. Wir handeln vorausschauend, vorsorgend und nachhaltig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und FDP, bei aller Kritik, die Sie am Nachtragshaushalt vorbringen,

(Zurufe von der SPD)

sollten Sie Folgendes bedenken:

„Verantwortung kann nicht geteilt, aber gemeinsam getragen werden.“

So hat es der Wissenschaftler Walter Jakoby einmal treffend formuliert. Zuhören hilft!

Lassen Sie uns in solch schwierigen Zeiten über Parteigrenzen hinweg gemeinsam Verantwortung für das Land tragen. Lassen wir nicht zu, dass Rechts- und Linksextreme bereits Kapital aus den aktuellen Herausforderungen schlagen. Setzen wir uns gemeinsam für ein nachhaltiges, sicheres, bildungsgerechtes und wirtschaftlich starkes Nordrhein-Westfalen ein. Der Nachtragshaushalt 2022 stellt dafür die richtigen Weichen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Lehne. Über das Protokoll in diesem Hause werden Sie dann trotz langjähriger Zugehörigkeit noch einmal gesondert informiert.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Ich erteile dem Abgeordneten Dahm für die SPD-Fraktion das Wort.

Christian Dahm (SPD): Guten Morgen! Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach dem sehr trockenen Vortrag meines Vorredners ...

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU: Die Zeit läuft!)

Herr Lehne, ich gebe Ihnen gerne meine Visitenkarte und meine Kontaktdaten. Wir können gerne noch einmal ins Gespräch kommen. Über das Gesprächsangebot freue ich mich sehr. Wenn Sie hier schon verlautbaren lassen, dass wir in schwierigen Zeiten zusammenstehen sollten, kann ich das unterstützen. Das können wir begrüßen. Aber auf das Angebot wartet unsere Fraktion nach wie vor.

Zum Nachtragshaushalt heute:

„Wir halten, was wir versprochen haben, und investieren in das, was wichtig ist: Bildung, Sicherheit, Klimaschutz.“

So lässt sich der Ministerpräsident bei der Vorstellung des Nachtragshaushalts zitieren.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, ich weiß; das löst gleich Freude bei Ihnen aus. Das kann ich ja nachvollziehen. Aber schauen wir uns das einmal im Detail an. Machen wir doch einmal den Faktencheck. Ich sage heute schon: viel Etikettenschwindel und viel heiße Luft.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP])

Die Wirtschaftsministerin hat angekündigt, dass 200 Millionen Euro für den Klimaschutz zur Verfügung gestellt werden sollen. Tatsächlich sind es nur 80 Millionen Euro. 120 Millionen Euro sind Verpflichtungsermächtigungen, greifen also erst in der Zukunft. Das hilft in der jetzigen Situation weder dem Bäckerhandwerk, noch hilft es der Wirtschaft in diesem Land, noch hilft es unseren Stadtwerken, noch hilft es den Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Die Schulministerin soll 1.000 neue Stellen für Lehrkräfte bekommen. Aber gleichzeitig sind zum 1. Juli dieses Jahres 11.000 Stellen in ihrem Ressort nicht besetzt. Ich gehe heute schon eine Wette ein, dass Sie auch diese Stellen in diesem Jahr gar nicht besetzen können. Der Finanzminister wird sich am Ende des Jahres freuen, wenn diese Mittel wieder in sein Haushaltssäckel zurückfließen. Ich denke, über diese 8,3 Millionen Euro wird er sich am Ende des Jahres sicherlich freuen.

(Beifall von der SPD)

Für 400 zusätzliche Stellen gibt es Einstellungsermächtigungen für den Innenminister bei der Polizei. Ich sage ganz deutlich: Wir begrüßen das. Aber bei 3.000 Einstellungsermächtigungen sind die Herausforderungen an dieser Stelle groß. Denn die Frage ist doch, ob man ausreichend und auch durchaus geeignete Bewerber bekommt.

(Zuruf von der CDU)

Denn schon heute sind im Stellenplan des Innenministeriums 2.900 Stellen bei der Polizei unbesetzt.

Herr Minister Reul ist gerade nicht hier; aber die Staatssekretärin ist ja im Haus.

(Zuruf von der CDU: Doch! Da hinten! – Jochen Ott [SPD]: Er sollte einmal ein Sitzkissen nehmen!)

Herr Minister Reul, aber an das eigentliche Problem müssen Sie noch heran. Die Abbrecher- und Durchfallquote bei der Polizei müssen Sie in den Griff bekommen. Das ist eine der Herausforderungen der nächsten Zeit.

(Beifall von der SPD)

Wir haben es bereits in der letzten Legislaturperiode gesagt, und wir wiederholen es hier und heute und auch in Zukunft immer wieder gerne: Stellen schaffen keine Sicherheit. Stellen unterrichten keine Kinder. Stellen beschleunigen auch keine Planungen. Es braucht Leute. Es braucht Köpfe auf diesen Stellen. Und darüber legen Sie nichts vor, Herr Finanzminister.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP])

Sie rechnen mit 2,2 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen. Wo setzen Sie die Schwerpunkte?

Sie verzichten auf die Entnahme aus dem Rettungsschirm in Höhe von mehr als 1 Milliarde Euro. Ob das seriös ist, lassen wir einmal dahingestellt sein.

Sie verzichten auf die teilweise Auflösung der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 200 Millionen Euro. Damit schaffen Sie einen neuen Puffer für die Zukunft.

Außerdem passen Sie im Bereich der Flüchtlinge – das ist ja der größte Posten – die Kosten an den tatsächlichen Bedarf an. Das müssen Sie sowieso tun. Aber hier schaffen Sie keine eigenen Akzente. Wichtig wären doch mehr Plätze in den Landeseinrichtungen und mehr Plätze in den Notunterkünften. Das wäre wichtig.

(Beifall von der SPD)

Die geplante Anpassung der Besoldung der Lehrkräfte nach A13 ist richtig und in Zeiten des massiven Lehrkräftemangels – ich habe es eben schon gesagt – ein längst überfälliger Schritt. Sie stellen zwar Geld ein. Aber in Ihrer Pressekonferenz, Herr Minister Optendrenk, konnten Sie gar nicht genau erklären, welche Lehrkräfte die angedachten Zulagen erhalten sollen. Wir warten jetzt einmal ein Eckpunktepapier Ihres Besoldungsgesetzes ab. Doch ich habe den Eindruck, dass es ein wirkliches Konzept noch gar nicht gibt.

Denn es bleiben Fragen, und zwar viele Fragen – ich habe Sie gestern Abend beim dbb vermisst; dort wurden diese Fragen auch gestellt –, beispielsweise: Was ist mit den Lehrkräften, die kurz vor ihrer Pensionierung stehen? Wie wollen Sie das Abstandsgebot zu den Funktionsstellen bei Stellvertretungen und Schulleitern sicherstellen?

Eines steht heute schon fest, Frau Schulministerin: Die Dauerbaustelle „Beamte und Angestellte“ bei den Lehrkräften wird Sie über die gesamte Legislaturperiode weiter begleiten.

(Beifall von der SPD)

Bei der Ministerialbürokratie schöpfen Sie mal wieder aus dem Vollen: 186 neue Stellen in den Ministerien. Die Aufgaben gehen Ihnen nicht aus. Es gibt vier Stellen beim Ministerpräsidenten zur Fokussierung Koordinationsaufgabe Staatskanzlei. Frau Scharrenbach braucht neben einem extra eingerichteten Parlamentarischen Staatssekretär drei neue Stellen für den Rohrkrepierer Ruhr-Konferenz. Die neue Schulministerin benötigt eine neue Stelle für die Lehrereinstellung. Alles wird mit der neuen Regierungsbildung begründet. Das kann ich nachvollziehen.

Aber nehmen wir mal das Beispiel aus dem Hause von Minister Laumann: Es gab keinen neuen Ministeriumszuschnitt; der Minister ist einfach sitzen geblieben.

(Lachen von der SPD – Thorsten Schick [CDU]: Er ist wiedergewählt worden!)

Dort ändert sich nichts. Dafür bläst er seinen Stab jetzt mit sechs zusätzlichen Stellen auf. Man gönnt sich ja sonst nichts. Alleine das spricht doch Bände.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Gleichzeitig – mein Vorredner hat es eben angesprochen – haben Sie zu den Hilfsprogrammen für die Menschen in Nordrhein-Westfalen aufgrund der Energiepreise hier und heute noch gar nichts vorgelegt. Wir warten auf Ihre Vorschläge in dieser Woche; wir dürfen gespannt sein.

Schauen wir mal auf die Nachbarländer in Deutschland: Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern – alle haben bereits vorgelegt und eigene Programme in den Ländern aufgelegt.

(Zuruf von der CDU)

Sie haben Härtefallfonds für die Menschen und für die Wirtschaft aufgelegt. Nur in Nordrhein-Westfalen ist das derzeit nicht möglich.

(Beifall von der SPD und der FDP – Zurufe von der CDU)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie so unruhig werden. – Bislang zeigen Sie immer nur mit dem Finger nach Berlin und suchen den Schuldigen woanders. Dabei haben Sie hier eine landeseigene Verantwortung; das muss man mal hervorheben.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Eigentlich ist das ja klar, denn steuer- und finanzpolitisch, Herr Minister Optendrenk, wissen Sie innerhalb der Regierung noch nicht so genau, was Sie wollen.

Frau Neubauer fordert letzte Woche das Aussetzen der Schuldenbremse. Herr Wüst verweist auf den Bund und hat auch heute Morgen im Morgenmagazin überhaupt keine Aussage dazu getroffen.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie wollen an der Schuldenbremse festhalten. Dabei können Sie selbst aktiv werden; das Saarland macht es vor.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was macht der Bundeskanzler?)

Ich frage Sie daher: Wird das jetzt die Regierungspolitik der nächsten fünf Jahre? Regieren heißt nämlich auch, Verantwortung zu übernehmen.

(Lachen von der CDU und den GRÜNEN)

Was Sie machen, hat damit herzlich wenig zu tun.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Sie wissen genau, dass der Bund Ihnen schon weit entgegengekommen ist.

(Lachen von der CDU und den GRÜNEN)

– Ich kann Ihnen das gerne vorrechnen: Schauen Sie auf das Entlastungspaket. Der Anteil Nordrhein-Westfalens am Entlastungspaket für dieses Jahr liegt bei 1,06 %. Man muss einmal deutlich hervorheben, dass das 194 Millionen von einem Entlastungspaket von 12 Milliarden Euro für das Jahr 2022 sind. Und da stellen Sie infrage, dass das zu wenig ist?

(Zuruf von Thorsten Schick [CDU])

Das Entlastungspaket für das nächste Jahr hat eine Größenordnung von 43 Milliarden Euro. Die Beteiligung ist – der Minister hat es eben gesagt – 3 Milliarden. Das entspricht noch nicht einmal dem Königssteiner Schlüssel. Ich glaube, dass hier noch deutlich Luft nach oben ist.

(Beifall von der SPD)

Also hören Sie auf, so zu tun, als müssten Sie die Hauptlast des Entlastungspaket des Bundes tragen.

(Zuruf von der CDU: Ja, natürlich!)

Das Gegenteil ist der Fall, und das wissen Sie auch. Während die Bundesregierung viel Geld in die Hand nimmt und mutig die Entscheidungen trifft, verkämpfen Sie sich wie häufig im Klein-Klein.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Da bleiben Sie sich aber treu: Sie setzen damit den Kurs fort, den Sie auch schon zu Coronazeiten gezeigt haben. Sie nutzen nicht die Möglichkeiten, die Sie haben.

Bisher gibt es keine Initiativen, keine eigenen Ideen, wie die Menschen in Nordrhein-Westfalen gut durch die Krise kommen.

Es gibt keine Vorschläge für die Fortführung des 9-Euro-Tickets, keine Idee, wie unsere örtlichen Stadtwerke geschützt werden können. Die stellvertretende Ministerpräsidentin hat in dieser Woche noch einmal einen Rettungsschirm gefordert.

Es gibt keinen Vorschlag, wie die Kommunen von ihren Altschulden befreit werden sollen. In der Sache schreiben Finanzminister und Kommunalministerin bisher lediglich Briefe an den Bundesminister und warten jetzt auf eine schöne Einladung zum Mittagessen nach Berlin. Das war es dann. Wo ist Ihr eigener Vorschlag?

(Zuruf von Florian Braun [CDU])

Dabei könnten Sie die Familien heute schon durch die Abschaffung der Kitabeiträge entlasten.

(Beifall von der SPD)

Sie könnten ein kostenloses Mittagessen für die Kitas und den Ganztags kostenfrei zur Verfügung stellen.

Wo bleibt Ihr Vorschlag für ein Unterstützungsprogramm für Sportvereine oder Sozialeinrichtungen, die unter den hohen Energiepreisen leiden?

Wo sind Ihre Vorschläge, Herr Kollege Lehne? – Ich habe nicht einen einzigen gehört. Wir haben einige Vorschläge unterbreitet, die wir in den nächsten Tagen dieser Plenarwoche diskutieren werden.

Unser Angebot an die Regierungsfractionen ist, das gemeinsam zu tragen. Daher gebe ich Ihre Einladung, Herr Kollege Lehne, die Sie eben ausgesprochen haben, gerne zurück. Wir sollten konstruktiv darüber nachdenken, wie wir die Menschen in Nordrhein-Westfalen unterstützen und entlasten können.

Wir werden die Beratung über den Nachtragshaushalt kritisch und konstruktiv begleiten. Herr Finanzminister, ich sage an dieser Stelle aber deutlich: Mich und uns haben Sie bisher nicht überzeugt. Wenn es wirklich noch ein großer Wurf werden soll, war der Auftakt heute enttäuschend. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Dahm. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich der Kollegin Brems das Wort.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Schwarz-Grün übernimmt Verantwortung in Nordrhein-Westfalen. Verantwortliches Handeln in der Krise bedeutet, die Herausforderungen anzunehmen, nicht zu zögern und mit Weitblick zu handeln.

Im Entwurf des Nachtragshaushalts sind die Krisen und Herausforderungen unserer Zeit abzulesen. Wir sorgen für Geflüchtete aus der Ukraine, denn in den vergangenen Monaten sind viele Menschen in großer Not zu uns gekommen, die NRW willkommen heißt und nicht alleine lässt.

Wir beschleunigen den Ausbau erneuerbarer Energien. Wir treten dem fortschreitenden Klimawandel entschlossen entgegen und unterstützen die Transformation unserer Wirtschaft.

Wir stellen sicher, dass wir in Zukunft besser auf Katastrophen und Extremwetterereignisse vorbereitet sind.

Wir wertschätzen für gute Bildung für alle die Arbeit unserer Lehrerinnen und Lehrer und sorgen für gleiche Einstiegsbezahlung, egal an welcher Schule sie unterrichten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Mit diesem Nachtragshaushalt handeln wir und legen die Grundlage dafür, damit NRW krisenfester,

gerechter und nachhaltiger wird. Außerdem stellen wir mit diesem Nachtragshaushalt die ersten entscheidenden Weichen, um NRW zu erneuern.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Wir lassen den Ankündigungen Taten folgen, und wir übernehmen Verantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Gegenüber den nachfolgenden Generationen wäre es verantwortungslos, wenn wir den Klimaschutz nicht endlich und sofort verstärken und die Transformation vorantreiben würden. Wir übernehmen Verantwortung für die Zukunft der nachfolgenden Generationen. Wir handeln verantwortungsvoll, indem wir mit mehr als 130 neuen Stellen für die Planung und die Genehmigung von erneuerbaren Energien und mit 200 Millionen Euro für die Transformation der Industrie den Klimaschutz konkret anpacken.

Versäumnisse und Fehlentscheidungen der Vergangenheit können wir nicht mehr ändern, und wir können die Zeit nicht zurückdrehen. Wir können aber zum Beispiel die neue Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate als Nachfolgerin der Energie-Agentur zu einer schlagkräftigen Organisation machen, die die Transformation der Industrie unterstützt und beschleunigt.

Von den 200 Transformationsmillionen starten wir mit 80 Millionen Euro noch in diesem Jahr für Klimaschutz für die NRW-Industrie und setzen mit 120 Millionen Euro in den kommenden Jahren klare Rahmenbedingungen für Unternehmen. Denn als Industrieland können wir es uns nicht erlauben, in der Krise krampfhaft an alten Ideen festzuhalten und auf „Augen zu und durch“ zu setzen.

Das Streben nach immer mehr kurzfristigem Profit sowie die Abhängigkeit unserer Wirtschaft und unserer Wärme- und Stromversorgung von Kohle, Öl, Gas und Atom hat uns doch erst in die aktuelle Situation gebracht. Für die Versorgungssicherheit der kommenden Monate ist die Zeit jetzt zu kurz, um die Versäumnisse der Vergangenheit mal eben zu beheben. Es bleibt uns in dieser Situation also leider nichts anderes übrig, als schwere Entscheidungen zu treffen und einzelne Kraftwerke länger laufen zu lassen.

Kohle, Gas, Öl und Atom bringen uns in den kommenden Jahren aber nicht aus der Krise heraus. Immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten, ist bekanntermaßen die Definition von Wahnsinn.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir handeln stattdessen mit Weitblick, und mit den neuen Stellen in den Bezirksregierungen und im zuständigen Ministerium wird erstmals konkret angegangen, was wir Grüne seit Jahren fordern. Denn wir beschleunigen die Prozesse für den Ausbau der erneuerbaren Energien, und das ist ein entscheidender

Schritt, der zeigt, dass wir als schwarz-grüne Koalition der Klimakrise entgegentreten. Damit werden wir unserer Verantwortung gerecht.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Energiepreissteigerungen betreffen alle – die öffentlichen Haushalte, die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger. Viele Menschen und Unternehmer*innen machen sich aktuell große Sorgen, wie sie die gestiegenen Kosten überhaupt noch bewältigen können. Der Staat wird nicht alles auffangen können. Sobald jedoch klar ist, wie das dritte Entlastungspaket des Bundes konkret ausgestaltet und die Finanzierung aufgeteilt wird, wird NRW dort ergänzen, wo ansonsten Lücken entstehen und Existenzen gefährdet sind.

Wir stehen an der Seite der Menschen und nehmen ihre Sorgen ernst. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt Beratungsstellen zur Bekämpfung von Armut und für Schuldnerinnen und Schuldner stärken sowie ein Moratorium für Strom- und Gassperren erreichen.

Wir stehen genauso an der Seite der Unternehmen. Hier braucht es kurze Wege und unbürokratische Hilfen, um den Unternehmerinnen und Unternehmern zu ermöglichen, sich auf das zu konzentrieren, was sie gut können: produzieren, sich immer wieder neu erfinden, kreative Lösungen finden, um mit ihrem Unternehmen für sichere Arbeitsplätze und Wohlstand zu sorgen.

Wir werden die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen, um NRW gut durch die Krise zu steuern.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir handeln verantwortungsvoll, indem wir diejenigen aufnehmen, die in großer Not und oft verzweifelt zu uns kommen. Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine sind von dort mehr als 200.000 Menschen zu uns nach NRW geflüchtet. Diese Menschen haben alles zurückgelassen, und sie leben in der Sorge um ihre Angehörigen, ihre Freunde und ihre Nachbar*innen in der Ukraine. Für uns Demokratinnen und Demokraten ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir Menschen in großer Not solidarisch aufnehmen und die Mehrkosten für Landesmaßnahmen übernehmen.

Zusätzliche Lehrerstellen für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine sind ebenso eine Selbstverständlichkeit, denn wir wollen eine Entlastung für Lehrerinnen und Lehrer schaffen, die sich in den vergangenen Monaten um die Integration der ukrainischen Schülerinnen und Schüler bemühen. Außerdem wollen wir, dass gerade die Jüngsten hier endlich wieder Kinder sein können.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

In Europa herrscht ein grausamer Krieg; Menschen verlieren ihr Zuhause, ihr Leben und ihre Lieben. Für uns ist das kaum vorstellbar. Die Auswirkungen sind

aber natürlich auch für alle in Nordrhein-Westfalen spürbar, und für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind sie zum Teil existenzbedrohend. Gleichwohl müssen wir uns bewusst machen, dass wir trotz der Herausforderungen und Unsicherheiten, vor denen wir stehen, das Glück haben, in Frieden und Freiheit zu leben.

Ob die Aufnahme und Integration Geflüchteter, Wirtschaftssanktionen oder steigende Energiepreise: Nordrhein-Westfalen steht klar an der Seite der Ukraine.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU –
einzelnt Beifall von der SPD)

Wir handeln verantwortungsvoll und sorgen für die Sicherheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Mit Krisenmanagement und Katastrophenschutz verhält es sich ein wenig wie mit Versicherungen: Wenn man sie nicht braucht, zweifelt man irgendwie an dieser Investition. Wenn hingegen etwas passiert, ist doch schnell der Gedanke da: Ach, hätte ich mal mehr vorgesorgt!

Spätestens die vergangenen zwei Jahre haben gezeigt, dass wir in Zeiten vieler Krisen leben. Wir als Staat haben die Pflicht, die Menschen zu schützen.

Trotz unserer Bemühungen schreitet der Klimawandel aber weiterhin voran. Damit werden immer mehr Extremwetterereignisse einhergehen, auf die wir sowohl unsere Infrastruktur als auch uns vorbereiten müssen, um schneller reagieren zu können und handlungsfähig zu bleiben.

Das verheerende Hochwasser im Juli des vergangenen Jahres hat uns das alles schmerzhaft vor Augen geführt. Wir kennen die Zahlenbilanzen: Über 180 Tote in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, unzählige Verletzte und Schäden in Milliardenhöhe. Auch mehr als ein Jahr danach sind die Schäden längst noch nicht beseitigt. Noch immer werden Kanäle saniert, noch immer sind Häuser nicht bewohnbar und Geschäfte nicht wiedereröffnet, und noch immer leiden viele Menschen.

Auch in diesem Jahr haben wir extreme Ereignisse erlebt. Das Sturmtief „Emmelinde“ führte zu Tornados in Paderborn und Lippstadt und hinterließ Schwerverletzte und erhebliche Schäden. Zusätzlich kann die angespannte Lage bei der Versorgung mit Gas und eventuell auch mit Strom im kommenden Winter zu einem wirklichen Stresstest für unser System werden.

Das alles sind aktuelle Beispiele, die deutlich machen, wie wichtig Krisenmanagement, zivile Alarmplanung, Katastrophen- und Hochwasserschutz sind. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis von uns Menschen. Deshalb machen wir den Katastrophenschutz zu einem Schwerpunkt der Innenpolitik in dieser Legislaturperiode.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir werden den Katastrophenschutz auf Landesebene mit einer eigenen Landesstelle deutlich stärken. Das ist gleichzeitig eine Investition in die Sicherheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Denn je besser die Katastrophenschutzpläne sind, je besser die Koordination zwischen Bund, Land und Kommunen läuft und je mehr wir üben, desto eher können wir große Katastrophenlagen verhindern. Wenn sie doch eintreten, können wir sie besser managen und so auch Menschenleben retten. Bereits mit diesem Nachtragsaushalt setzen wir erste Lehren aus der Hochwasserkatastrophe um.

Katastrophenschutz und Krisenmanagement kommen im besten Fall gar nicht zum Einsatz oder sind unsichtbar, wie eine Versicherung. Ob vorbereitet im Hintergrund oder mit Blaulicht in einer akuten Lage: Der Katastrophenschutz muss gut aufgestellt und handlungsfähig sein. Es ist unsere Pflicht, die Auswirkungen von Katastrophen möglichst gering zu halten. Schließlich geht es um viel mehr als um Straßen und Häuser. Es geht um Existenzen und Menschenleben.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir handeln verantwortungsvoll, indem wir für Gerechtigkeit bei der Eingangsbesoldung für Lehrerinnen und Lehrer sorgen. Wir gehen noch in diesem Jahr den ersten Schritt, damit Lehrkräfte an Grund-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen in Zukunft nicht mehr schlechter bezahlt werden als Lehrerinnen und Lehrer an der gymnasialen Oberstufe. Dann können sich Lehrerinnen und Lehrer allein aus Interesse und Überzeugung für eine Schulform entscheiden und nicht aus finanziellen Gründen.

Lehrkräfte erhalten so die Wertschätzung, die ihnen gebührt. Lehrerinnen und Lehrer sind verantwortlich für die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen, unabhängig davon, auf welcher Schule sie tätig sind. Daher ist es genau richtig, schrittweise die Ungerechtigkeit bei den Einstiegsgehältern auszugleichen. Unserer schwarz-grünen Koalition ist dies die Zukunft unserer Kinder wert.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Dass gerade noch einmal die Kritik von der CDU ..., von der SPD kam ...

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Markus Wagner [AfD]: So schnell geht das! – Christian Dahm [SPD]: Hat euch das nicht gefallen?)

– Ich komme damit klar. – Ich finde es spannend, dass von der SPD die Kritik kommt, das alles sei längst überfällig und viele Fragen blieben offen. Ich finde das populistisch; denn das Thema gab es auch schon zu rot-grünen Regierungszeiten.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Jochen Ott [SPD]: Dasselbe hättet ihr auch gesagt!)

Ich sage es mal so: Wir haben es damals nicht verhindert.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Aber natürlich ist das Wahlversprechen, für Gerechtigkeit beim Einstiegsgehalt für alle Lehrerinnen und Lehrer zu sorgen, nicht alles.

(Sarah Philipp [SPD]: Wenn das populistisch ist!)

Schulen, die vor Herausforderungen stehen, gezielt zu stärken, digitales Lernen für alle zu unterstützen und mehr Personal von IT-Fachkräften bis zu Sonderpädagogen in die Schulen zu bringen, sind nur einige der großen Aufgaben, die vor uns liegen, um Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Auch hier scheuen wir aber die Herausforderung nicht. Ob ein Kind eine gute Chance auf Bildung hat, darf nicht von der Postleitzahl abhängen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir handeln verantwortungsvoll. Mit diesem Nachtragsaushalt setzen wir auch schon weitere Schwerpunkte für die kommenden Jahre. So wird die Coronapandemie im kommenden Jahr nicht einfach vorbei sein, die Schäden des Sturmtiefs „Emmelinde“ sind noch nicht vollständig beseitigt, und wir müssen uns weiterhin dem Klimawandel entschieden entgegenstellen.

Mit sogenannten Verpflichtungsermächtigungen sorgen wir vor. Wir reservieren jetzt schon Haushaltsmittel für Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Das ist wichtig, damit bereits jetzt Vorbereitungen in wichtigen Zukunftsbereichen getroffen werden können.

Neben dem Klimaschutz betrifft dies natürlich auch die Unterstützung für die Kinder in NRW; schließlich sind sie unsere Zukunft. Sie waren in den vergangenen Jahren der Coronapandemie besonders betroffen. Ihre Lernrückstände müssen weiterhin ausgeglichen werden. Daher führen wir beispielsweise das OGS-Helferprogramm weiter.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Damit sich Fachkräfte in den Kitas weiterhin auf ihre pädagogische Arbeit und damit auf Kinder konzentrieren können, geben wir schon jetzt das Signal, dass das Alltagshelferprogramm über den Jahreswechsel hinaus bestehen bleibt. Das ist eine enorme Unterstützung für Erzieherinnen und Erzieher und eine Investition in die frühkindliche Bildung in unserem Land.

Mit den ersten Maßnahmen des Nachtragsaushalts ist es selbstverständlich nicht getan. Es müssen weitere Schritte folgen, beispielsweise eine Entlastung der Eltern von Beiträgen in der Kindertagesbetreuung.

Bei allen offenen Fragen, die es aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage, aufgrund der Preisentwicklung und aufgrund der Finanzierung des Entlastungspakets für diesen Haushalt gibt, sind in diesem Nachtragsaushalt die Signale für die kommenden Jahre für den Klimaschutz und für die Zukunft unserer Kinder wichtig und genau richtig.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir handeln auch nach diesem Nachtragsaushalt verantwortungsvoll. Heute und in der kommenden Woche wird in den Ministerpräsidentenkonferenzen die Ausgestaltung und Finanzierung des dritten Entlastungspakets verhandelt. Wir brauchen zielgerichtete Maßnahmen des Bundes, die uns in den Ländern nicht den Hahn abdrehen, sondern finanzielle Spielräume lassen, um unseren Aufgaben gerecht zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

In Krisenzeiten sind Investitionen noch wichtiger als in fetten Jahren; denn jetzt werden die Weichen dafür gestellt, ob NRW gestärkt aus der Krise hervorgehen kann. Jetzt entscheidet sich, wie krisenfest, gerecht und nachhaltig NRW in fünf Jahren und in fünf Jahrzehnten sein wird.

Jahrelang wurde viel zu viel angekündigt und viel zu wenig gemacht. Jetzt muss angepackt und nachgeholt werden. Jetzt ist die Zeit des Handelns.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich spreche wie Sie alle häufig mit Unternehmen. Auch Ihnen wird sicherlich ein düsteres Bild für die kommende Zeit gemalt. Gestörte Lieferketten und explodierende Energiepreise können gestandene Familienunternehmen in wenigen Monaten an ihre Grenzen bringen. Großkonzerne schauen sich längst nach alternativen Standorten um. Wenn das keine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ankündigt, was muss denn dann noch passieren?

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wenn der Bundesfinanzminister uns dafür nicht die richtigen Instrumente bereitstellt, wenn der Bundeskanzler seine Richtlinienkompetenz nicht endlich wahrnimmt,

(Christian Dahm [SPD]: Interessant!)

dann sind sie dafür verantwortlich, wenn die Situation in Nordrhein-Westfalen für Unternehmen, in den Kitas, Schulen, Hochschulen, für Pendlerinnen und Pendler, kurz für alle Menschen immer schwieriger wird.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Sarah Philipp [SPD]: Nur der Bundeskanzler und der Bundesfinanzminister, sonst niemand? Das ist so einseitig!)

Da frage ich mich wirklich, was außer Wählerstimmen in der eigenen Klientel es bringt, die zu entlasten, die eigentlich gar keine Entlastung brauchen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Wir benötigen zielgerichtete Instrumente, ein gutes Angebot im öffentlichen Personennahverkehr, ein günstiges und einfaches Ticket, Solidarität mit denjenigen, die sich fragen, wie sie im kommenden Jahr die Gasrechnung bezahlen sollen, und Unterstützung für Unternehmen, die allen Mitarbeitenden weiterhin einen Arbeitsplatz und eine Zukunft bieten wollen.

(Zuruf von der SPD)

Aktuell sind wir in einer einmaligen Situation. Krise um Krise kommt hinzu. Wir können nicht davon ausgehen, dass die Lösungen der Vergangenheit auch die Lösungen der Zukunft sind. Für die aktuelle Situation gibt es keine Blaupause, keine Erfahrungswerte, also müssen wir neue Lösungen ausprobieren. Dabei wollen wir schnell, effizient, zielgerichtet und mit klarem Kopf handeln.

Im Verlauf kann es natürlich passieren, dass nicht alles perfekt läuft. Wer handelt, kann schließlich auch Fehler machen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Mir ist aber lieber, wir tauschen uns in Zukunft – gerne auch laut, wenn Sie mögen – über gemachte Umwege, kleine Fehler und Ungenauigkeiten aus, als dass ich mir vorwerfen muss, dass wir zu wenig getan haben. Die Fehlerquote wäre außerdem wahrscheinlich geringer, wenn sich alle innerhalb und außerhalb des Parlaments konstruktiv einbrächten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Oh!)

Es liegt in unserer Verantwortung, neue Wege zu gehen und zu handeln. Mit diesem Nachtragshaushalt gehen wir den ersten Schritt, um die Zukunft Nordrhein-Westfalens zu gestalten – sicher, krisenfest, nachhaltig und gerecht. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion hat nunmehr der Kollege Höne das Wort.

Henning Höne (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eingangs möchte ich eine spannende Beobachtung mit Ihnen teilen. Es sagt ja immer etwas über die Koalition aus, wie das Applausverhalten so ist. Wo wird applaudiert und wo nicht? Wirklich geschlossen applaudiert

diese Koalition nur, wenn es gegen andere Parteien geht, nicht aber für die eigenen Projekte. Das sagt sehr viel über Ihren Zustand bald 99 Tage nach Regierungsantritt aus.

(Beifall von der FDP, der SPD und der AfD – Jochen Ott [SPD]: Genau so ist es!)

Heute wird ein Nachtragshaushalt zum ersten Mal gelesen und verhandelt. Eigentlich könnte das relativ einfach sein, weil ein Haushalt 2022 vorliegt, und zwar ein ziemlich guter. Er hat eine klare liberale Handschrift und eine klare Haltung, auch der Freien Demokraten, nämlich: NRW ist es wert, gut regiert zu werden.

Die Eckdaten dieses Haushalts stammen aus einer ganz anderen Zeit, nämlich aus dem Sommer 2021. Damals ging es um die Flut, die Coronapandemie und die Bundestagswahl. Auch der Abzug aus Afghanistan war Teil der öffentlichen Debatte. Viele Herausforderungen waren bekannt, und wir haben viele Herausforderungen im Haushalt berücksichtigt.

Ich will einiges nennen, was mit dem Haushalt 2022 vorangetrieben wurde. Es ist etwa die Wasserstoffförderung, um NRW unabhängiger von Energieimporten zu machen. Wir haben in die Zukunftsfähigkeit des Handwerks investiert, um gegen die Fachkräfteengpässe anzuarbeiten. Außerdem haben wir ein Programm zur Unterstützung beim Grunderwerb insbesondere junger Familien gestartet, um den Weg ins Eigenheim zu erleichtern.

Eines wussten jedoch nicht, eine Herausforderung kannten wir alle nicht. Wir wussten nicht, dass 2022 der Krieg nach Europa zurückkehrt. Seit dem 24. Februar hinterfragen wir viele alte Gewissheiten. So viel hat sich verändert. Wir machen die Augen auf und blicken in das Gesicht einer Zeitenwende, die Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen ihrer Sicherheiten beraubt, einer Zeitenwende, die wirklich existenzielle Fragen aufwirft, einer Zeitenwende, die Antworten außerhalb der eigenen Komfortzone einfordert.

Mit dieser Zeitenwende ändert sich auch die finanzielle Situation des Landes Nordrhein-Westfalen. Einerseits zahlt das Land höhere Preise und hat höhere Ausgaben. Andererseits nimmt das Land mehr Steuern ein. Unterm Strich geht es um 900 Millionen Euro mehr.

Herr Finanzminister, zur Wahrheit gehört aber auch, dass Sie auf weitere 200 Millionen Euro verzichten. Diese 200 Millionen Euro finden Sie im Sparschwein mit dem Namen „Allgemeine Reserve“. Sie lassen das Geld dort einfach liegen, obwohl eine Entnahme in diesem Jahr geplant war und obwohl dieses Geld den Menschen in diesem Land in dieser schwierigen Situation zustehen würde. Es ist ja ihr Steuergeld!

(Beifall von der FDP, Thomas Kutschaty [SPD] und Elisabeth Müller-Witt [SPD])

Da müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, warum Sie den Menschen in dieser schwierigen Situation ihr sauer verdientes Geld vorenthalten. Warum nutzen Sie in dieser so außergewöhnlichen Situation nur die Mehreinnahmen, statt auf 1,1 Milliarden Euro zu gehen und damit politisch zu gestalten?

Es ist richtig und auch notwendig, die Mehreinnahmen jetzt zu nutzen. Aus meiner Sicht wäre es übrigens auch richtig, die geplante Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage zu nutzen – grundsätzlich. Dann müssen Sie aber noch die viel interessantere Frage beantworten, wofür dieses Geld eigentlich genutzt wird.

Mich beschleicht der Eindruck, dass diese Landesregierung die 900 Millionen Euro vor allem für den Versuch nutzt, auf den letzten Metern ihre 100-Tage-Bilanz zu retten. Da gibt es ein Missverständnis. Die 100-Tage-Bilanz ist im Politischen die Vereinbarung, dass man nach Amtsübernahme mit einer ersten Bewertung so lange wartet. Es ist nicht die Vereinbarung, 100 Tage nicht zu arbeiten und die Sommerpause zu genießen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Diese Landesregierung saß nun 99 Tage lang im Ruheabteil. Jetzt hat sie den Wecker gehört, ist aufgeschreckt und hat Sorge, den eigenen Bahnhof zu verpassen. Sie merkt, dass die 100-Tage-Frist bald endet, und will noch schnell etwas tun. Währenddessen wissen die Menschen außerhalb des Ruheabteils nicht, wie sie die Rechnungen bezahlen sollen, und die Betriebe wissen nicht, ob sie nächste Woche noch öffnen können.

In dieser existenziellen Zeit lebt es sich nicht gut im Ruheabteil. Dieses Land hat mehr verdient. Das geht besser.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich bin ganz ehrlich zu Ihnen. Natürlich gibt es Punkte im Nachtragshaushalt, die wir grundsätzlich, inhaltlich teilen, aber auch die müssen wir uns genauer anschauen. Es reicht nicht, nur im Prinzip recht zu haben. In Zeiten, in denen Prinzipien grundlegend infrage gestellt werden, brauchen wir auch grundlegend neue Antworten. Wir unterscheiden uns von Ihnen durch eine pragmatische, lösungsorientierte Krisenbewältigung.

Man hat bei diesem Nachtragshaushalt den Eindruck, Sie verschließen vor den drängenden Herausforderungen die Augen und sind in einer schwarzgrünen Parallelwelt, in der gilt: Wenn die Realität nicht zu unserem Koalitionsvertrag passt, dann ist das eben so. Wir müssen es trotzdem durchziehen. Es sind schließlich unsere Versprechen gewesen.

Sie leben damit anscheinend in einer Welt ohne galoppierende Inflation, ohne finanzielle Sorgen und in

der die Fortsetzung der alten Politik und das Aufstocken einiger Förderprogramme und Mehrausgaben die richtigen Antworten auf alles sind. In dieser schwierigen Zeit ist das zu einfach. Eine Landesregierung darf es sich nicht so einfach und auch nicht zu einfach machen.

Diese Landesregierung müsste ihre Augen öffnen und deutlich mehr mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Betrieben und mit den Verbänden sprechen. Sie sollte etwas weniger Gespräche mit der Presse führen und weniger mit dem Finger nach Berlin zeigen oder auf wen auch immer, der vermeintlich schuld sein soll. Dann würde sie nämlich sehen, wie es bei den Privathaushalten, bei den Unternehmen und übrigens auch bei den Kommunen aussieht, wo sich alle über die kommenden Wochen und Monate sehr ernsthafte Gedanken machen. Sie haben große Sorgen und Angst vor der Zukunft und fragen sich, was diese Krise eigentlich mit ihnen macht.

Mit diesen Gedanken fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen alleingelassen, und das muss diese Landesregierung verantworten. Das Gebot der Stunde lautet „Krisenbewältigung“, und mit dem Nachtragshaushalt hätten Sie eine konkrete Chance dazu gehabt. Wenn man sich aber den Haushalt anschaut, so muss man feststellen, dass dieser Nachtragshaushalt mit akuter Krisenbewältigung nichts, aber auch rein gar nichts zu tun hat.

(Beifall von der FDP)

Es wäre notwendig gewesen, nicht nur zu schauen, welche Projekte Ihnen wichtig sind, sondern vielmehr, welche Projekte dringend sind. Daran scheitert dieser Nachtragshaushalt.

Ich will drei Bereiche konkret ansprechen und starte dabei mit den Betrieben und Unternehmen.

Wachstum und Wohlstand sind nicht selbstverständlich. Die Weichen dafür müssen immer wieder neu gestellt werden. Das gilt für die Betriebe, die sich dem Wettbewerb stellen müssen, das gilt aber natürlich auch für die Politik, die die Rahmenbedingungen setzt.

TRIMET in Essen ist die größte Aluminiumhütte Deutschlands. Nur wenige Stunden Stromausfall würden in einer solchen Hütte zum Totalschaden führen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Stimmt doch gar nicht!)

Dies würde für 780 Frauen und Männer Arbeitslosigkeit bedeuten in einer Zeit, in der jeder Euro dringend gebraucht wird.

– „Stimmt doch gar nicht“, heißt es da von dem Kollege Rüße. Ein Stromausfall ist für eine Aluminiumhütte aus Ihrer Sicht also kein Problem. Das erklärt zwar die Wirtschaftspolitik Ihrer Wirtschafts-

ministerin, es bedeutet allerdings nicht, dass Sie Recht haben, Herr Kollege.

(Beifall von der FDP und der SPD – Beifall von Dr. Martin Vincentz [AfD])

Das passt zu dem Bild des Bundeswirtschaftsministers, der sagt: Ein paar Wochen die Türen zumachen ist nicht so schlimm. Man muss deshalb ja nicht pleitegehen.

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Falsch zitiert! Einfach unverschämt! Typisch FDP!)

Das war der gleiche Bundeswirtschaftsminister, der während der Coronapandemie gesagt hat: Gastronomie geschlossen, keine Einnahmen – Sie können ja energetisch sanieren.

Ihr Problem ist, dass Sie keine Ahnung haben von Einnahmen, Ausgaben und der Wirtschaft. Das ist eine große Gefahr für dieses Land.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Dabei ist TRIMET nur eines von vielen Unternehmen. Dahinter stehen viel mehr Beispiele, Arbeitsplätze und Existenzen. So ein Zwischenruf wie eben zu den Sorgen und Nöten dieser Menschen ist einfach ein unangemessener Umgang.

Frau Neubaur, was schlagen Sie eigentlich hier und heute TRIMET vor? Was schlagen Sie dem Handwerk und dem Mittelstand vor? Schauen wir mal in den Haushalt – es ist eben schon angesprochen worden –: insgesamt 200 Millionen Euro Förderung, um zum Beispiel Batteriespeicher anzuschaffen, wann auch immer diese in der aktuellen Zeit geliefert werden können.

Meine Damen und Herren, Sie behaupten, dass Sie mit dem Handwerk und dem Mittelstand sprechen. Wenn ich mit denen aber aktuell spreche, sagt keiner, er würde sich unbedingt gerne einen Batteriespeicher kaufen. Die sagen alle: Ich weiß nicht, ob ich nächste Woche noch aufhabe.

Das ist ein Beispiel dafür, dass Sie „dringend“ und „wichtig“ und nicht sauber voreinander bekommen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dabei bleibt es aber nicht. Mit Ihrem Förderprogramm fachen Sie am Ende sogar noch die Inflation weiter an. Sie erhöhen die Nachfrage, und Sie erhöhen die Preise. Das sind Brandbeschleuniger für die weitere Preisentwicklung.

Meine Damen und Herren in der Landesregierung, eine Regierung darf doch nicht in dieser Zeit die Inflation befeuern. Sie müssen Teil der Lösung sein und die Inflation bekämpfen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Sie müssen dafür sorgen, dass unsere Wirtschaft nicht langfristig Schaden nimmt, an den Betrieben, Lieferketten, Verbundstrukturen; kurz: Schaden an der Lebensader unserer Wirtschaft.

Sie kümmern sich mit diesem Nachtragshaushalt nicht um die existenziellen Sorgen und Nöte des Handwerks, Mittelstands und der Industrie. Auf Fragen, die heute drängen, bieten Sie Scheinlösungen von übermorgen an – in ganz ferner Zukunft also. Das heißt schlicht und einfach, dass Sie an dieser Krise vollkommen vorbeiplanen.

(Beifall von der FDP)

Schauen wir etwa nach Schleswig-Holstein, um zu sehen, wie es besser gehen kann. Dort soll ein Fonds für den Mittelstand, gerade für kleine und mittlere Unternehmen, aufgelegt werden für Hilfen in Form von Darlehen. Das könnte doch ein Anfang sein.

Schauen wir auf die Privathaushalte, stellvertretend auf eine fünfköpfige Familie in Nordrhein-Westfalen. Es geht dabei um eine Familie, die ihr Leben selbst gestalten möchte, und dies bislang finanziell unabhängig vom Staat geschafft hat. Sie will gute Rahmenbedingungen, aber keine finanzielle Unterstützung durch den Staat. Sie braucht den Staat nur als Möglichmacher.

Stellen Sie sich vor, diese Familie hat erst vor Kurzem eine Ölheizung durch eine moderne Gasheizung ersetzt. Bis vor wenigen Monaten hätte jeder gesagt, dass das die richtige Entscheidung war.

(Zuruf von Christian Loose [AfD]: Nee, wir nicht!)

Heute ist diese Entscheidung ein Grund für schlaflose Nächte.

– Die AfD ruft rein, sie hätte das nicht gesagt, weil sie wahrscheinlich mehr aus Russland wusste. Es würde einiges erklären, wenn sie vorher eingeweiht war.

(Heiterkeit von der SPD – Beifall von der FDP – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Diese Familie zahlt also bald nicht mehr 300 oder 400 Euro pro Monat, sondern 1.000 oder 1.400 Euro pro Monat als Abschlag. Heute müssen diese Eltern mit der Bank darüber sprechen, wie sie eigentlich das Haus weiter abbezahlen sollen.

Schauen wir in diesen Nachtragshaushalt, meine Damen und Herren in der Koalition: Mit welchem Haushaltstitel bieten Sie dieser Familie, stellvertretend für viele andere Familien in Nordrhein-Westfalen, Hilfe an, damit sie durch den Herbst und durch den Winter kommen? Die Antwort ist – egal, wie lange man sucht –: Sie bieten dieser Familie nichts an. Es gibt keine Antwort dieser Koalition.

Deshalb noch einmal meine Frage: Warum behalten Sie die 200 Millionen Euro im Sparschwein, die eigentlich jetzt hätten entnommen werden sollen?

Warum lassen Sie die Familien in Nordrhein-Westfalen im Regen stehen? Die Antwort kann eigentlich nur sein: In Ihrer Parallelwelt sind die harten Zeiten noch nicht angekommen.

Vor diesem Hintergrund wirkt es umso grotesker, dass Frau Neubaur in den vergangenen Tagen im WDR gefordert hat, die Schuldenbremse aufzuheben. Wussten Sie eigentlich nicht, dass da noch 200 Millionen Euro im Sparschwein liegen? Dass das in der Koalition nicht abgestimmt war, konnten wir eben am Applausverhalten feststellen. Der Verweis auf Berlin in dieser Frage ist übrigens sachlich-rechtlich falsch und nicht haltbar.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Es wird Sie nicht überraschen, dass ich kein Plädoyer dafür halten will, die Schuldenbremse aufzuheben. Ich stelle nur fest: Sie haben noch Geld im Sparschwein, fordern gleichzeitig die Aufhebung, möchten aber dafür, dass Berlin etwas tut. Ich sage Ihnen, was ich denke: Die Grünen wollen dringend die Schuldenbremse aufheben, und die CDU hat gesagt: Nur wenn Lindner das macht, wir trauen uns alleine nicht. – Das ist Stillstand, und das ist das Gegenteil von Verantwortung übernehmen für dieses Land.

(Beifall von der FDP und Jochen Ott [SPD])

Wenn Sie schon selbst nichts für die Familien, für die Privathaushalte in Nordrhein-Westfalen tun wollen, lassen Sie doch wenigstens den Bund etwas tun.

Herr Wüst ist Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz; ein Amt, das er in den vergangenen Monaten sehr gerne und sehr präsent wahrgenommen hat, aber in den vergangenen Wochen ist es darum sehr ruhig geworden. Sagen wir, wie es ist:

(Zuruf)

Diese Landesregierung blockiert auf der einen Seite Entlastungen für die Menschen in diesem Land, und auf der anderen Seite lässt sie 200 Millionen Euro auf der hohen Kante liegen. Sie zeigen auf vermeintlich leere Hosentaschen und halten in der anderen Hand ein Sparschwein hinter dem Rücken. Das ist unehrlich, und das ist vor allem nicht fair gegenüber den Menschen in diesem Land. Das ist absurd. Sie planen an der Krise vorbei, und das geht besser.

(Beifall von der FDP)

Ein weiterer Punkt betrifft die Kommunen: Die Nöte der Unternehmen sind existenziell, Privatpersonen sind an der Grenze der Belastbarkeit, der Staat ist auch gefordert, aber innerhalb der öffentlichen Hand tragen, wie so oft, die Kommunen die Hauptlast. Dabei brauchen wir gerade da Planungssicherheit, dabei brauchen wir da Gestaltungssicherheit für eine lebenswerte Heimat und ein liebenswertes Zuhause.

Es sind die Kommunen und Stadtwerke, die jetzt gerade zu kämpfen haben. Es sind die Kommunen, die vor steigenden Sozialleistungen stehen. Es sind die Kommunen, die ihr Menschenmöglichstes tun, um in dieser Situation Flüchtlinge unterzubringen. Die Hilferufe dieser Kommunen werden immer lauter, für die Ohren dieser Landesregierung allerdings immer noch nicht laut genug.

Frau Scharrenbach, erklären Sie den Kommunen doch, wie sie jetzt Geld zur Seite legen sollen. Geld zur Seite legen in dieser Zeit – das war eine Empfehlung der Kommunalministerin in der Aachener Zeitung am 17. August. Das ist ein spannender Lösungsvorschlag. Ich habe in der kommunalen Familie noch niemanden gefunden, der im Moment für das viele Geld, das übrig ist, Anlagetipps sucht.

(Heiterkeit von Sven Wolf [SPD])

Corona, Energie, Flüchtlinge – da ist kein kommunales Geld, das zurückgelegt werden kann. Aber wir hatten es ja schon bei den anderen Beispielen: Hier wird an der Krise vorbeigeplant, und was nicht die schwarz-grüne Parallelwelt passt, muss irgendwie passend gemacht werden.

(Beifall von der FDP)

Es ist geradezu unverfroren, den Kommunen einen solchen Vorschlag zu unterbreiten. Wir wissen doch, wie sehr sich die Kommunen schon heute einschränken. Wir wissen doch, dass die Bürger das allenthalben merken. Schauen wir mal nach Brüggen: Ab Samstag ist da ein Schwimmbad geschlossen. Schwimmen lernen bleibt also auch nach Corona ein Problem. Da geht es nicht mehr nur um etwas kälteres Wasser, da geht es um gar kein Wasser.

Vor 28 Tagen hat der Ministerpräsident hier an diesem Pult gestanden und aus seiner Regierungserklärung verlesen, dass es ihm ein ganz besonderes Anliegen sei, dass jedes Kind in Nordrhein-Westfalen schwimmen lernt. Vier Wochen ist das her. So ist das. Wo finden wir im Nachtragshaushalt auch nur einen Euro, um dieses Versprechen zu untermauern?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Nichts ist dieses Versprechen des Ministerpräsidenten wert gewesen, gar nichts.

Schauen wir – stellvertretend für alle anderen Kommunen, die gerade eine Vielzahl von Geflüchteten unterbringen und versorgen – nach Schwerte: Es sind hohe Kosten, die auf sie zukommen. In Schwerte wird jetzt der Bürgersaal schließen und zu einer Unterkunft umfunktioniert. Die Kapazitäten, die von den vielen Privathaushalten bereitgestellt werden, sind auch an der Grenze.

Was sagen wir den Menschen in diesen Kommunen? Was sagt die Landesregierung den Bürger-

meisterinnen und Bürgermeistern, den Eltern vor Ort, die für ihre Kinder gerne Schwimmunterricht nehmen wollen und denjenigen vor Ort, die das organisieren?

Die Kommunen sind die direkten Schnittstellen zu den Bürgerinnen und Bürgern. Sie wissen am besten, wie die Lebensrealität vor Ort aussieht, und sie haben direkten Einfluss auf den Alltag der Menschen. Der Nachtragshaushalt beweist: An all das haben Sie überhaupt nicht gedacht. Auch bei den Kommunen plant diese Landesregierung an der Krise vorbei. Sie geben Antworten auf Fragen, die niemand in diesem Land stellt. Das geht besser.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Kommunen fühlen sich allein gelassen. Die Bürgerinnen und Bürger benötigen dringend Entlastung, benötigen Luft zum Atmen. Die Wirtschaft bittet um Hilfe und braucht dringend Perspektiven. Überall begegnet uns die Zeitenwende. Überall begegnen uns Menschen mit offenen Fragen und großer Verunsicherung. Nur in der Parallelwelt dieser Koalition gibt es das nicht. Sie halten stur am Koalitionsvertrag fest, anstatt neuen Realitäten und dem Tempo der Veränderung ins Gesicht zu blicken.

(Zuruf von Martin Metz [GRÜNE])

Anstatt diese Krise in Nordrhein-Westfalen zu bekämpfen, geht es auf dem bisherigen Kurs einfach stur geradeaus. NRW ist es wert, besser regiert zu werden. NRW ist es wert, lösungsorientiert und pragmatisch regiert zu werden.

Meine Damen und Herren, Sie sind vor bald 99 Tagen als Zukunftscoalition angetreten, aber um die Zukunft in Nordrhein-Westfalen zu gestalten, müssen Sie Bürgerinnen und Bürgern, müssen Sie Kommunen und deren Verantwortungsträgern, müssen Sie Unternehmerinnen und Unternehmern, müssen Sie der Realität ins Gesicht blicken.

Das schaffen Sie nicht, weil Ihr Blick immer gen Berlin gerichtet ist. Das geht besser. Machen Sie die Augen auf. Blicken Sie der Realität ins Gesicht, und werden Sie Ihrem eigenen Anspruch gerecht. Der Tipp wäre: Fangen Sie direkt damit an. Zukunftscoalition heißt bei dieser Landesregierung bislang, Probleme in der Zukunft zu regeln, damit man sich heute nicht darum kümmern muss.

(Beifall von der FDP, Frank Müller [SPD] und Justus Moor [SPD])

Dieser Nachtragshaushalt gibt Antworten auf Fragen, die sich im Moment niemand in diesem Land stellt. Dieser Nachtragshaushalt plant an der Krise vorbei.

Die Zeit für die Beratung ist kurz. Sie ist eigentlich zu kurz. Trotzdem werden wir die Zeit nutzen und konstruktive Verbesserungsvorschläge machen, damit dieser Haushalt weiterhin einen Beitrag dazu leisten

kann, dass Privatpersonen Luft zum Atmen und Unternehmen eine Perspektive bleibt und dass Kommunen unser Zuhause wirksam gestalten können. Daran arbeiten wir weiterhin. Das, was Sie hier vorgelegt haben, geht besser. Die Wahrheit ist: Das wissen Sie auch selber.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Beucker.

(Beifall von der AfD)

Dr. Hartmut Beucker^{*)} (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine verehrten Damen! Sehr geehrte Herren! Eigentlich müsste man der Anrede „Liebe Steuermelkkühe! Liebe Inflationsgeschädigte!“ hinzufügen. Denn damit wäre klar, wozu die Haushaltspolitik der Regierung führt.

(Zuruf von der SPD)

Sie gibt einen ersten aber dadurch nicht weniger beunruhigenden finanziellen Hinweis auf ihr künftiges Wirken. Der Bürger und Steuerzahler ist der Verlierer dieser Koalition im Geiste der heiligen Vierfältigkeit von CDU, Grünen, SPD und FDP. Eigentlich könnte man formal auch die Linke, die umbenannte SED, nennen, aber das erledigt sich ja gerade.

Der Steuerzahler verliert, weil die Inflation rasant steigt und dabei die Kaufkraft der Bürger frisst. Die Steuereinnahmen steigen jedoch zumindest kurzfristig, wenngleich sie aufgrund des Vertrauensverlustes in die Währung zurückgehen werden. Diese Landesregierung weiß natürlich nichts Besseres, als dem Amtsschimmel neue Stallknechte zu verschaffen. Das Land muss schließlich im Lichte der neuen Regierung durchackert werden: nicht mehr Verwaltung des Landes, sondern mehr Verwaltung der Verwaltung. Sollte man die Regierung wirklich nach dem Ministerpräsidenten der CDU benennen? Feiert sie sich doch ganz unverblümt für zusätzliche Gelder, mit denen das Land in Erfüllung der Fantasien der grünen Koalitionssteuerleute geradezu planwirtschaftlich deindustrialisiert werden soll.

Fleißig folgt man der Klimaideologie in den Abgrund. Wir finden keine Erleichterungen für den Bürger und auch keinerlei Einsparvorschläge. Sicherlich kann dieser Nachtragshaushaltsentwurf allein nicht den großen Politikentwurf darstellen. Aber er ist ein erster Ausdruck dessen, was kommen wird und vor allem was nicht kommen wird. Das macht Fürchten. Denn hier kann man einen Ökobolschewismus mit entsprechendem Gesellschaftsumbau erkennen, dem wir uns entschieden entgegensetzen.

(Widerspruch von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Wo sind die Antworten auf aktuelle Krisen? Hier wäre der Platz gewesen, um schnell und umsichtig zu reagieren, doch: Fehlanzeige.

Natürlich begrüßen wir einige Dinge ausdrücklich, weil sie Ideen der AfD sind. Da fragt man sich schon: Warum nicht gleich so? Die Ausweitung der Zahl der Polizeianwärterstellen auf 3.000 war in der Haushaltsberatung 2022 Ende vergangenen Jahres eine Originalforderung der AfD. Warum haben Sie von CDU und Grünen nicht damals schon dafür gestimmt? AfD wirkt, und das ist gut so. Wie Sie erkannt haben, können Sie prima bei uns abschreiben.

(Beifall von der AfD)

Wir werden dem natürlich zustimmen, weil es ohnehin von uns ist. Hören Sie bei unseren Vorschlägen weiterhin gut zu. Es kommt noch mehr, was Sie übernehmen können.

(Heiterkeit von Christian Loose [AfD])

Die Entwicklung der Inflation beim Euro und die Entdeckung bahnbrechender Wahrheiten in der Sicherheitspolitik – allerdings nur für die heilige Vierfältigkeit –, der katastrophale Verlauf der sogenannten Energiewende, der allmähliche Verfall des Bildungssystems zeigen als nur einige von vielen Beispielen: Die AfD hat, manchmal zu unserem Leidwesen, eigentlich stets recht.

Herr Minister, Sie können sich wie die überwiegende Zahl Ihrer Vorgänger zumindest aktuell in der Sonne günstiger Verhältnisse aalen, die Sie nicht verursacht haben. Die Steuereinnahmen haben zugelegt. Sie verzichten jetzt auf schuldenfinanzierte Entnahmen aus dem sogenannten Coronasondervermögen. Das ist richtig. Es ist aber nicht die Leistung der Regierung, sondern die der hart arbeitenden Steuerzahler, die neben der üblichen Steuerlast jetzt dank einer der schlimmsten Inflationsraten in der Geschichte Deutschlands auch noch ordentlich dazuzahlen dürfen.

Wir sind gespannt, welche neuen Schuldenorgien heute in Berlin, am 4. Oktober mit dem Kanzler und insbesondere nach der Niedersachsenwahl veranstaltet werden. Das wäre mit uns nicht zu machen. Würden Sie sich allerdings dazu durchringen können, den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren und den Steuerzahler weniger zu belasten, wäre das sehr wohl mit uns zu machen.

(Beifall von der AfD)

Dem Steuerzahler möchte ich an dieser Stelle mal ein nachdrückliches Dankeschön übermitteln. Er darf nämlich tagein, tagaus die Suppe der Altparteien auslöffeln. Es dankt ihm sonst niemand hier.

Was ist die Ursache für die bereits angesprochene Inflation? Es ist das EU-Delirium des herrschenden Establishments in Deutschland. Dieses hat zugelassen, dass eine Geldpolitik für ganz Europa mit dem

Ziel der Staatsfinanzierung marode wirtschaftender Südländer überhaupt möglich war. Die traditionellen geldpolitischen Ideale der Deutschen Bundesbank wurden einfach über Bord geworfen.

Kommen Sie mir jetzt bitte nicht mit dem furchtbaren Krieg in der Ukraine als Hauptgrund für dieses Enteisungsprogramm. Inflation ist kein von fremden oder höheren Mächten gesandtes Unheil. Sie ist menschengemacht. Die Inflation ist die Folge einer Politik der europäischen Zentralbank, die seit Jahren für Inflation kämpft. Sie hat sogar ein Inflationsziel von – und das wird meist überhört – durchschnittlich rund 2 % verkündet und ihre Politik diesem Ziel verschrieben. Aber Inflation ist nicht steuerbar wie ein Wasserhahn. Sie wurde durch diese Politik aufgestaut, und plötzlich ist der Damm gebrochen. Diese Inflation ist die Folge einer Geldpolitik, die auf Inflationierung ausgerichtet war, um die Belastung durch Staatsschulden und Zinszahlungen zu verschleiern und so den Staaten zu ermöglichen, ihre Geschenke zu verteilen.

Inflation ist zudem als Greenflation gewollt und selbstverständlich mit der Bekämpfung des Klimawandels begründet. Nahrungsmittel und Mobilität seien zu billig. Künstlich wurde in der Herstellung und in der Wirtschaft vieles verteuert, nicht zuletzt durch die Abschaltung billiger Kraftwerke und die Förderung extrem teurer Ersatzanlagen, die nicht einmal durchgehend Ersatz, sondern oft genug gar nichts produzieren. Die Verteuerung war und ist gewollt. Jetzt gibt es da einen einmaligen Betrag von 300 Euro für Rentner und Studenten, und man soll dankbar applaudieren – selbstverständlich auch die, die diese Entlastung gar nicht brauchen –, weil man einige Cent von den vielen Euros zurückerhält, die einem vorher abgeknöpft wurden?

Die Inflation war auch schon lange vor diesem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf dem Vormarsch. Inflationswirksame Steigerung der Gaspreise vom 1. Juli 2021 bis zum ersten Tag vor dem Einmarsch in der Ukraine: plus 147 %. Das ist eine Verdopplung mit noch einmal der Hälfte obendrauf. Aber warum? Weil Sie alle zusammen die dümmste Energiepolitik der Welt machen.

(Beifall von der AfD)

Das ist nicht von mir, das ist ein Zitat aus einer amerikanischen Zeitung. Die Inflation wäre wohl nur leicht gestiegen, also erträglicher, wenn die Energiewende nicht durchgeführt würde. Aber das passiert halt, wenn man in bester planwirtschaftlicher Manier Kohle- und Kernkraftwerke abstellt.

Leider haben wir in den Presseverlautbarungen auf Landesebene rund um diesen Nachtragshaushalt, insbesondere vonseiten der CDU, keinerlei Kurswende vernommen. Wir haben keine zusätzlichen Mittel für Forschungsarbeiten in der Kerntechnik erkennen können. Das wäre doch mal ein Anfang gewesen. Aber die CDU verbeugt sich lieber vor den

Grünen. Ministerpräsident Hendrik Wüst ist dann ganz schnell dabei, das allen Wählern schönzureden. Weil das Konservative nicht zum Markenkern der CDU gehört haben soll, soll das kein Sich-Verbiegen der CDU sein. Immerhin scheint hier das schlechte Gewissen durch.

Wo wird gerade bei Unfähigkeit sind: Da wäre noch das Gesetz zur Reform oder besser der Korrektur des Landesbesoldungsgesetzes sowie die Neuordnung des Landesreisekostengesetzes. Bei der Beamtenbesoldung ist es eine Peinlichkeit, dass so ein Zahlenfehler passieren konnte. Sie hatten seit dem Beschluss des Verfassungsgerichts im Mai 2020 genug Zeit, das in Ruhe zu ändern. So geht man als Dienstherr eigentlich nicht mit den Beamten um.

Es ist sicherlich richtig, die Kilometerpauschale wegen der Kraftstoffpreise anzuheben, aber es ist ein weiterer Ausdruck des Versagens der etablierten Politik. Sie haben den Euro im Wert zusammenbrechen lassen und dann auch noch die dümmste Energiepolitik der Welt gemacht. Alles in allem führt das zu einer Flickschusterei, die schlussendlich der Steuerzahler zahlen muss. Aber das ist ja allen in diesem Haus außer uns für gewöhnlich egal.

Angesichts der von Ihnen allen mitverschuldeten Misere finden wir in diesem Haushalt leider sehr wenige Lösungsansätze. Das gilt für die gesamte Ideenlosigkeit dieser de facto grüngeführten Landesregierung, außer dass man am Weg zur Deindustrialisierung festhält. Aber vielleicht soll das auch so sein, damit man einfach mehr Geld vom Bürger nehmen kann, um es dann in Gutsherrenart zu verteilen. Man schafft riesige Probleme, um dann mit vermeintlichen Entlastungen Einstehen für den Bürger zu suggerieren. Das ist keine Politik fürs Volk, sondern Betrug am Volk.

(Beifall von der AfD)

Herr Minister, Sie werden mit uns die nächsten fünf Jahre ein Streitbares, aber konstruktives Gegenüber haben. Wie bei der Polizei bereits aufgezeigt, machen wir gerne Vorschläge. Wir sind also Ihre besten Politikberater und schärfsten Kritiker in einem. Die AfD ist der Verteidiger des Steuerzahlers hier in diesem Hause. Der Steuerzahler hat einen Anspruch, dass sein Geld effizient und sorgsam ausgegeben wird und dass die Zukunft seiner Kinder nicht mit noch mehr Schulden verbaut wird.

Wir fordern Sie deshalb auf, etwaige Mehreinnahmen des Landes am Ende des Jahres konsequent in den Abbau der Schulden und in Steuersenkungen zu stecken. Der Steuerzahler soll das zurückbekommen, was ihm eigentlich gehört.

Auch erwarten wir, dass sich diese Landesregierung mit Vehemenz gegen die drohende Aufhebung der Schuldenbremse auf Bundesebene stellt. Hier droht bekanntlich schon ein Kuhhandel zwischen FDP und

Grünen. Bild.de berichtet schon darüber, dass man nach der Niedersachsenwahl einen Deal eingehen werde: Die einen kriegen die Kernkraftwerke weiter ans Netz und die anderen bekommen zumindest die temporäre Aufhebung der Schuldenbremse. Irgendwie muss der Öko-Bolschewismus ja finanziert werden, wobei auch diese Art von Bolschewismus schlussendlich scheitern wird – wie immer im Bankrott und im Elend für das Volk.

Sparpotenziale gerade bei ideologisch getriebenen Ausgaben werden wir identifizieren, im Parlament ansprechen und ihre Verwirklichung einfordern. Die AfD steht als einzige Partei gegen die grün-planwirtschaftliche Ideologie in diesem Hause. Irgendwie getarteten Entlastungspaketen stehen wir äußerst skeptisch gegenüber; nicht, weil es keine riesigen Belastungen gäbe oder der Bürger nicht entlastet werden müsste – das schon –, aber nicht mit diesen Paketen. Zunächst sind sie nur ein Herumdoktern an Symptomen.

Geben Sie kein Geld an Bedürftige, um ihre Energierechnungen zu begleichen, sorgen Sie dafür, dass die Energie bezahlbar ist. Werfen Sie Kraftwerke an.

(Beifall von der AfD)

Helfen Sie den Unternehmen, andere Logistikketten aufzubauen, damit die Versorgungsengpässe enden. Davon sieht man hier aber nichts – schade.

Zudem: Entlastungspakete sind keine Entlastung, sondern nur weitere Umverteilung: Einige erhalten, andere zahlen. Entlastung ist gleich Belastung. Und wenn es über Schulden finanziert wird, dann zahlen wir morgen für das, was uns heute im Zuge eines Gnadenaktes gegeben wird. Wir erhalten nichts, was wir nicht selbst bezahlt haben oder bezahlen werden. Der Staat erwirtschaftet nichts, er kassiert ab. Einen Teil davon steckt er in Maßnahmen wie Infrastruktur, Bildung, Verteidigung, die notwendig sind oder auch den Wohlstand erhöhen. Insofern brauchen wir einen Staat, aber viel weniger.

Bald die Hälfte jedes erwirtschafteten Euros geht durch die Hände des Staates. Ein großer Teil bleibt bei Politikern, Bürokraten, Lobbyisten, NGOs und sonstigen Nutznießern kleben oder wird für politische, nicht sachlich begründete Umverteilung verwendet. Es ist alles Geld der Bürger, das am Ende verteilt wird.

Sorgsam wird verschleiert, was hier passiert. Zum Beispiel wird die bisher zum 1. Januar 2023 geplante Erhöhung des CO₂-Preises um weitere 5 Euro pro Tonne um ein Jahr auf den 1. Januar 2024 verschoben. Fanfarenstoß! Aha, eine Steuer, die erhöht werden soll, wird vorübergehend nicht erhöht? Und das nennt man dann Entlastung? Entlastung ist also, wenn uns der Taschendieb noch etwas in der Tasche lässt, denn er hätte ja alles mitnehmen können. So erzeugt man Entlastung.

Die CO₂-Abgabe seit 2021 beträgt bereits 30 Euro je fiktiv erzeugter Tonne CO₂-Gas aus Heizung, Benzin und Strom. Auf diese Weise wird das Ende des Erfolgsmodells „soziale Marktwirtschaft“ eingeläutet, das Freiheit und Wohlstand produzierte. Stattdessen werden Unfreiheit und Armut gefeiert. Der Bürger wird zum Almosenempfänger.

Am Haushaltshorizont ist also alles andere als eitel Sonnenschein, sondern eher ein Menetekel zu erblicken. Das lässt eine Freude über die Beratung in den Fachausschüssen eher nicht zu.

Der Überweisung des Nachtragshaushalts stimmen wir natürlich zu. Jedoch glauben wir, dass ein Großteil eh nach dem heutigen Tage und nach der Niedersachsenwahl wieder Makulatur sein wird. Immerhin ein Genuss für den Kulturpolitiker in mir: Was für ein Theater!

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Beucker. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit¹⁾ (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte beginnen mit einem ausdrücklichen Lob für den Finanzminister für seine Worte, die er hier zur Aufnahme und zur Notwendigkeit der Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen gefunden hat. Diese Anmerkungen waren aus aktuellem Anlass der Äußerungen Ihres Parteivorsitzenden wichtig und richtig.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP])

Ich möchte Sie alle darum bitten, zu ergänzen, dass dies auch für die Aufnahme von russischen Kriegsdienstverweigerern gilt, die von Herrn Merz auch abgelehnt worden ist. Ich halte es für zynisch, was da passiert. Es wird nämlich gesagt, diese Menschen sollen in Russland bleiben und gezwungen werden, in der Ukraine zu kämpfen und sich an einem Angriffskrieg zu beteiligen. Auch hierfür müsste sich Herr Merz eigentlich entschuldigen.

(Beifall von der SPD)

Aber jetzt zum eigentlichen Thema. Mir ist in dieser Debatte die große Kontinuität zwischen der neuen und der alten Landesregierung aufgefallen. Viele Dinge werden einfach nahtlos fortgesetzt. So wird schrecklich viel über Verantwortung geredet, und dieselbige wird dann irgendwo andershin abgeschoben. Das kennen wir auch von früher.

Es war Herr Lehne, der groß gesagt und hier zu Recht darauf hingewiesen hat, es gebe Menschen, die ihre Gasrechnung nicht mehr bezahlen könnten, die in einer schwierigen Lage seien, und deshalb müsse politische Verantwortung übernommen

werden. Ja, das ist ja richtig. Aber Sie nehmen diese politische Verantwortung im Land nicht wahr. Nichts tun Sie für diesen Personenkreis! Gar nichts!

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP])

Und dann wird das fortgesetzt. Denn niemand hat so viel über Verantwortung gesprochen wie Frau Brehms; wir wollten zuerst noch eine Strichliste führen. Ihren vielfältigen Ankündigungen ist sie allerdings nicht gerecht geworden.

Nehmen wir mal das Thema „A13“, das Sie hier aufgemacht haben. Die Grünen haben noch in diesem Jahr beantragt, die Eingruppierung in A13 für alle Lehrerinnen und Lehrer in einem Schritt sofort umzusetzen. Jetzt verkaufen Sie uns diese schrittweise Regelung als den großen Wurf und werfen uns in diesem Zusammenhang Populismus vor. Das kann ja wohl nicht wahr sein, Frau Brehms.

(Beifall von der SPD)

Ein schrittweises Vorgehen können wir miteinander diskutieren und vereinbaren. Aber unsere Kritik daran, dass diese Schritte angesichts 11.000 unbesetzter Lehrerstellen und über 10 % unbesetzter Stellen an Grundschulen möglicherweise zu klein sind und zu langsam erfolgen, müssen Sie sich anhören, insbesondere weil Sie versprochen haben, das in einem Schritt zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen.

(Beifall von der SPD)

Ich kann die Nervosität der Grünen ja ein Stück weit verstehen. Wenn man heute die Nachrichten im WDR gehört hat, hat man auch die Kritik der Naturschutzverbände vernommen. Diese sagen einhellig, das, was der grüne Minister in Sachen Atomkraft umsetzen will, geht so nicht, das kann man nicht machen. Hier, vor dem Wirtschaftsministerium der Grünen, demonstriert Greenpeace gegen die Kohlepolitik Ihrer Landesregierung.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Insofern kann ich wirklich verstehen, dass Sie nervös werden.

Aber dann so billig zu Populismus zu greifen, wie Sie das tun, Frau Brehms, geht nicht. Da sagen Sie, das sind Fehler, die möglicherweise die Bundesregierung gemacht hat. Ist dann der Herr Lindner schuld? Ist dann der Herr Scholz schuld? Herr Habeck hat damit natürlich gar nichts zu tun. Das Chaos bei der Gasumlage und das Ja, Nein oder Vielleicht bei der Atomkraft – alles zu verantworten von Herrn Habeck – zerstören das Vertrauen in dieser Republik, und dafür tragen Sie die Verantwortung und nicht Herr Lindner oder Herr Scholz.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP])

Und dass Sie dann noch hingehen und in der Frage der Schuldenbremse den Fehler wiederholen, den

Ihre Ministerin gemacht hat, ist völlig unverständlich. Wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in Nordrhein-Westfalen gestört ist und wenn wir zusätzliche finanzielle Mittel brauchen, um die Menschen zu unterstützen, dann kann man das als Land tun. Dass Sie gemeinsam mit der CDU wieder die Verantwortung auf den Bund abschieben, ist unerträglich und Arbeitsverweigerung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Und was Sie dann noch gemein haben mit der alten Regierung, ist, dass Sie sich so gerne auf die Schulter klopfen, sich total toll finden und Ihre Begeisterung für Kleinigkeiten überhaupt kein Ende kennt. Sie feiern hier – auch Sie, Herr Minister –: Ja, wir verzichten auf die Mittel aus dem Rettungsschirm. – Ja, das ist doch keine politische Entscheidung. Das geht gar nicht anders.

(Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Doch!)

Wenn Sie keine Steuerausfälle haben, können Sie die mit einem Rettungsschirm auch nicht auffangen. Das ist einfach zwangsläufig so, aber kein politischer Erfolg.

Genauso ist es doch kein politischer Erfolg, dass Sie ohne neue Schulden in diesem Haushalt auskommen. Bei 2,2 Milliarden Euro zusätzlichen Steuereinnahmen ist es eine Selbstverständlichkeit, dass mit diesem Nachtrag keine neuen Schulden gemacht werden. Das ist doch kein politischer Erfolg.

(Beifall von der SPD und Dr. Hartmut Beucker [AfD])

Und was auch kein politischer Erfolg ist, ist das große Abfeiern der 80 Millionen Euro für zusätzliche Investitionen. Ich bin sehr gespannt, wie viel davon ausgegeben werden. Die Grünen haben immer die viel zu niedrige Investitionsquote in diesem Haushalt Investitionsquote. Aber diese Investitionsquote stagniert auch mit diesem Nachtrag. Wo sind denn die versprochenen Zukunftsinvestitionen? Sie verpassen hier die Chance, wirklich etwas zu tun, und werfen stattdessen Nebelkerzen.

(Beifall von der SPD)

Damit stehen Sie in der Kontinuität der alten Regierung. Das Gleiche tun Sie nämlich jetzt bei den Stellen der Ministerialbürokratie. Das Motto der alten Regierung war: Mehr Bürokratie durch mehr Stellen in der Ministerialbürokratie schaffen. – Das wurde massiv kritisiert von den Grünen!

Was passiert jetzt? Die grünen Ministerien gehen bei der Schaffung dieser neuen Stellen vorweg. Das ist doch nicht mehr glaubwürdig, was Sie hier vorlegen, sondern ist ein Verrat an all dem, was Sie in der letzten Legislaturperiode versprochen haben.

(Beifall von der SPD)

Sie sollten nicht über Verantwortung reden, Sie sollten endlich Verantwortung übernehmen: Verantwortung für bezahlbaren Nahverkehr, Verantwortung für einen Rettungsschirm für Kommunen und vor allen Dingen für Stadtwerke, um unsere Energieversorgung abzusichern, Verantwortung für die Unterstützung von Vereinen und Verbänden zur Absicherung der ehrenamtlichen Arbeit, Verantwortung für die Absicherung der Bildungseinrichtungen. – Das muss jetzt passieren.

Herr Lehne, Sie haben hier angesprochen, dass es parteiübergreifende Lösungen geben soll. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Ich prognostiziere jetzt noch mal: Sie werden keine parteiübergreifenden Lösungen suchen, sondern das alles wieder wegstimmen, wie Sie es die letzten fünf Jahre getan haben. Ihr Gerede von parteiübergreifenden, gemeinsamen Regelungen ist nämlich bisher immer nur Gerede gewesen.

(Beifall von der SPD)

Die entsprechenden Spielräume, um in Nordrhein-Westfalen tätig zu werden, bestehen. Kollege Höne hat gerade die Frage der Rücklage angesprochen. Bei 20.000 unbesetzten Stellen in der Landesverwaltung wissen wir, dass die Personalausgaben erheblich niedriger ausfallen werden als jetzt im Nachtrag formuliert. Finanzielle Spielräume sind da. Die Notwendigkeit der Unterstützung der Menschen ist da. Nehmen Sie sie wahr. Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Wir sind am Ende der Debatte und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurf Drucksache 18/900 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, an den Innenausschuss und an den Ausschuss für Schule und Bildung. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen CDU, SPD, Grüne, FDP und AfD. Wir müssen trotzdem nach Gegenstimmen und Enthaltungen fragen. Wer stimmt gegen die Überweisungsempfehlung? – Niemand. Das war zu erwarten. Wer enthält sich? – Auch niemand. Somit – wir nehmen das protokollarisch sauber auf – ist die **Überweisungsempfehlung** einstimmig **angenommen** worden.

Jetzt kommen wir zur nächsten Abstimmung, und zwar über die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/928. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses sowie an den Innenausschuss. Wer

stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen CDU, SPD, Grüne, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Auch niemand. Somit ist auch dieser **Überweisungsempfehlung zugestimmt** worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

2 Umwelt-Schecks – für mehr Natur in Nordrhein-Westfalen – Bestehendes Ehrenamt stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/963

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1062

Ich eröffne die Aussprache und rufe dazu die Kollegin Bianca Winkelmann für die Fraktion der CDU auf.

Bianca Winkelmann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ob Dorfladen, Vereinschronik oder Brauchtumsveranstaltung – ich bin mir ganz, ganz sicher, dass jeder bei sich im Wahlkreis mindestens eine Handvoll Projekte vorfinden dürfte, die in den vergangenen Jahren von der NRW-Heimatsförderung profitiert haben. Insbesondere der Heimat-Scheck ist dabei ein echter Renner, unterstützt er doch ganz unbürokratisch und konkret mit 2.000 Euro solche Projekte, für die es sonst vielleicht keine Mittel gäbe. Wer sich anschaut, was alles unterstützt wurde, sieht einmal mehr: Heimat ist vielfältig.

Für uns als Zukunftscoalition gehört zu einer intakten Heimat auch eine intakte Umwelt. Deshalb wollen wir die Erfolgsgeschichte der NRW-Heimatsförderung fortschreiben. CDU und Grüne setzen sich für einen Umwelt-Scheck ein, der lokale Ideengeber dabei unterstützt, die Umwelt zu schützen und die Artenvielfalt zu stärken: niedrigschwellig in der Beantragung und unbürokratisch in der Ausgestaltung.

Ich bin den Kolleginnen und Kollegen der grünen Fraktion sehr dankbar, dass wir diese Idee, dass wir dieses Projekt jetzt gemeinsam an den Start bringen können. Ich nehme es gleich vorweg, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und FDP: Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diese Idee für ein Mehr an Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen ebenfalls unterstützen würden.

Uns geht es mit den Umwelt-Schecks darum, die Natur überall in unserem Land zu stärken, aber auch das Ehrenamt zu fördern. Jeder von uns kennt doch die vielen schönen Beispiele von Vereinen oder Bildungseinrichtungen, die Insektenhotels bauen, Blühwiesen einsäen, neue Hecken pflanzen oder Bürger-

wälder anlegen. Die Ideen sind vielfältig, scheitern aber viel zu oft an der Finanzierung. Genau das wollen wir ändern. Was für den Landeshaushalt eine vergleichbar kleine Summe ist, kann lokal eine große Hilfe sein. Ich freue mich jetzt schon darauf, zu sehen und zu erleben, welche kreativen Ideen künftig durch den Umwelt-Scheck Realität werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Schutz unserer Natur, ein Mehr an Biodiversität und die Bewahrung unserer Schöpfung sind CDU und Grünen ein ganz wichtiges Anliegen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

So wollen wir unter anderem den Etat für den Naturschutz verdoppeln, die Aufforstung unserer Wälder weiter voranbringen und den Flächenverbrauch reduzieren.

Vor uns liegen große Aufgaben. Das Gelingen hängt nicht zuletzt davon ab, dass auf allen Ebenen mitgespielt wird, dass alle Ebenen mitspielen können, denn Umwelt- und Artenschutz beginnt auch vor der eigenen Haustür mit Nistkästen, Obstbaumwiesen, Tiny-Forests, Hecken- und Blühwiesen. Die Möglichkeiten sind vielfältig.

Ein afrikanisches Sprichwort lautet:

„Viele kleine Leute, die an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, können das Gesicht der Welt verändern.“

Genauso ist es. Genau das wollen wir unterstützen. Wir möchten denen, die im Bereich Umwelt- und Naturschutz mehr leisten wollen, ein verlässlicher Partner sein. Der Umwelt-Scheck ist dazu ein ideales Instrument.

Lassen Sie uns guten Ideen einen An Schub geben. Die Umwelt, unser aller Lebensraum, wird es uns danken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Frau Kollegin Winkelmann. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Dr. Volkhard Wille das Wort. Es ist seine erste Rede in diesem Hohen Hause.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Dr. Volkhard Wille (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Global denken und lokal handeln – das ist ein Grundprinzip und Motto des Natur- und Umweltschutzes.

Die globalen Umweltprobleme wie der Verlust der Artenvielfalt und Biodiversität beginnen auch vor der eigenen Haustür. Durch den Verlust von Bäumen in den Dörfern und Städten sind zum Beispiel Nisthöhlen für Fledermäuse und Vögel verschwunden. Die übertriebene Pflege von Grünflächen raubt Schmet-